Zur Militarisierung der Europäischen Union

Input beim Präsenztreffen der Attac-AG Europa am 10.10.2026 in Frankfurt/M. (DGB-Haus)

1. Allgemeine Infos zur EU-Außen- und Sicherheitspolitik gem. EU-Vertrag:

Haushaltsmittel der EU in 2024 für Sicherheit und Verteidigung: 189,4 Mrd. Euro (2023: 186,5 Mrd.)

GSVP (Gemeinsame Sicherheit und Verteidigung) als Bestandteil der GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) lt. Art. 42 - 46 EU-Vertrag

GSVP-Missionen dienen der Aufgabenbeschreibung nach der Prävention und der Lösung von Krisen sowie der Stabilisierung nach deren Überwindung

Je nach Krisenherd umfassen sie so unterschiedliche Maßnahmen wie die Bekämpfung von Schmuggel und Korruption, Ausbildung von Streitkräften oder „zivilen“ (Anm.: darunter fallen auch Polizeikräfte) Sicherheitskräften, Bekämpfung von Piraterie oder Schleusernetzwerken, Absicherung von Waffenruhen und Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen

Die GSVP beinhaltet auch ein gegenseitiges Beistandsrecht der EU-Staaten im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedstaat (Art. 42, Abs. 7 EU-Vertrag).

Aber: Da die EU selbst nicht über die erforderlichen zivilen und militärischen Einsatzkräfte verfügt, müssen diese von den Mitgliedstaaten gestellt werden.

Die EU-Staaten sind zudem verpflichtet, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern (Art. 42, Abs. 3 EU-Vertrag).

Die Entscheidungen zur GSVP und insbesondere zum Einleiten einer GSVP-Mission trifft der Rat. Sie bedürfen der Einstimmigkeit.

Drei Beispiele (von 10 Einsätzen insgesamt, Stand 2024):

EUFOR ALTHEA: Einsatz ab 2004 in Bosnien-Herzegowina. Auftrag: Einhaltung des Dayton-Abkommens von 1995 zur Beendigung des Bürgerkriegs, Sicherung des sozialen Friedens, Förderung der Sicherheit.

EUMAM Ukraine ab 2022: Ausbildung von Soldaten (in Deutschland durch die Bundeswehr).

EUNAVFOR ASPIDES: Einsatz im Jemen ab 2024. Aufgabe ist die Sicherung der Handelsschifffahrt im Roten Meer gegen Angriffe der Huthi-Miliz.

2. Der Ukrainekrieg als Katalysator der europäischen Hochrüstung

Festzuhalten ist zunächst die Ausweitung und Beschleunigung sowie die verbesserte Koordinierung der Rüstungsaktivitäten der EU nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine (ab 2/2022).

Der Rat der EU und das Europaparlament (im Folgenden abgekürzt mit EP) beschlossen in diesem Rahmen im Juli 2023 den ASAP (Act in Support of Ammunition Production). Ziel war die Förderung der Munitionsproduktion mit

zunächst 500 Mio Euro aus dem EU-Haushalt für Boden-Boden- und Artilleriemunition sowie für Flugkörper.

Im Oktober 2023 folgte der Beschluss des EDIRPA (European Defence Industry Reinforcement through common Procurement Act) zur Kooperation der Mitgliedstaaten bei der Beschaffung von Rüstungsgütern, an denen mindestens 3 EU-Staaten beteiligt sind (Zuschüsse bis 300 Mio Euro aus EU-Haushaltsmitteln).

Die Tagung des Europäischen Rats (EU-Gipfel) im März 2024 diente zur Erstellung eines Forderungskatalogs zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit der EU. Vorgesehen war eine deutliche Erhöhung der Ausgaben für Verteidigung, ein besserer Zugang zu Finanzmitteln, die Ausweitung der gemeinsamen Investitionen und die Beschaffung „innovativer" Verteidigungsgüter, Bürokratieabbau für KMU (Kleine und Mittlere Unternehmen) und Maßnahmen gegen den Arbeits- und Fachkräftemangel.

Im Mai 2024 (zurzeit der Ampel-Regierung in Berlin) legte der Rat für die „nahe Zukunft" fünf Hauptprioritäten für die Sicherung und Verteidigung der EU fest:

1. Entschlossene Unterstützung der Ukraine
2. Höhere und sinnvollere Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit der EU
3. Verbesserung der militärischen Handlungsfähigkeit der EU (u.a. über die vollständige Einsatzbereitschaft der 2022 beschlossenen EU-Schnelleingreifkapazität von bis zu 5000 Einsatzkräften bis 2025 (einzuordnen hier die Litauen-Brigade der Bundeswehr)
4. Stärkung der Resilienz der EU (u.a. gegen hybride Bedrohungen, Cyberangriffe und ausländische Desinformationskampagnen)
5. Stärkung und Ausweitung der Zusammenarbeit mit Partnern (v.a. mit der NATO).

[Q.: Kosmos-Weltalmanach & Atlas 2025; dtv-Lexikon; eigene Unterlagen]

3. Weltmacht EU?

Vier exemplarische Meinungen zur Fragestellung:

a) Frank Deppe, Politikwissenschaftler: Die aktuellen Auseinandersetzungen in der EU und die strategischen Konzepte der Herrschenden in den einzelnen Mitgliedsländern sind geprägt durch den Übergang in die neue, multipolare Weltordnung konkurrierender Großmächte des 21. Jahrhunderts. (…) In der BRD sind sich konservative, sozialdemokratische und grüne Politiker*innen einig, dass die EU in diesem Konzert der Großmächte nur mitspielen kann, wenn Deutschland dabei eine „führende Rolle" übernimmt und die inneren Entscheidungsstrukturen in der EU dem angepasst werden. (…) Zentrale Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Linken ist es, dieser Neuauflage eines „Griffs nach der Weltmacht" entgegenzutreten.

b) Peter Wahl, Publizist: Der Anspruch der EU auf einen Platz in der ersten Liga der Großmächte ist der Versuch, „in einer zu hohen Gewichtsklasse zu boxen". Mit der Folge, dass sie auf den Brettern landet.

c) Jürgen Wagner, IMI (Infostelle Militarisierung, Tübingen): Mit dem Ziel einer rüstungsindustriellen Abnabelung von den USA werden beträchtliche Anstrengungen unternommen, einen eigenständigen europäischen Rüstungskomplex aufzubauen.

d) Andreas Fisahn, Jurist: An die Stelle des ökologischen Umbaus tritt der Versuch, eine europäische Rüstungswirtschaft aufzubauen. (…) Eine

wichtige Grundlage der starken ökonomischen Position Deutschlands in der EU ist dessen Vormachtstellung in den osteuropäischen Mitgliedsländern. Sie steht zugleich für eine besonders aggressive Politikvariante gegenüber Russland.

Thesen und Fakten zum Thema:

Die EU ist als supranationaler Akteur auf der Weltbühne alles Andere als tonangebend. Der entscheidende Grund: Militärisches ist nicht vergemeinschaftet, es gehört zum harten Kern staatlicher Souveränität, da Krieg und Frieden für jedes Land von existenzieller Bedeutung sind. Daher werden keine nennenswerten militärischen Fähigkeiten von den Mitgliedstaaten an Brüssel abgegeben. Diese Feststellung berührt nicht die o.g. Auslandsmissionen, die nicht mit Kampfeinsätzen vergleichbar sind.

Folgerichtig steht im Weißbuch (White Paper, Brüssel, 2025, S. 4) der EU zur Verteidigungspolitik:

„*Die Mitgliedstaaten werden immer die Verantwortung für ihre eigenen Truppen behalten, von der Doktrin bis zur Stationierung, und für die Definitionserfordernisse ihrer Streitkräfte.“*

Die Umbrüche in der Weltwirtschaft und der Ukrainekrieg führten zu einer Zunahme des machtpolitischen Gewichts der Mitgliedstaaten. Dazu Bundeskanzler Friedrich Merz bei der Münchener Sicherheitskonferenz (SIKO) 2026 aus dem deutschen „*Programm der Freiheit*“:

1. Die Bundeswehr soll „*schnellstmöglich zur stärksten konventionellen Armee in Europa*“ werden
2. Die EU soll unter deutscher Führung stärker werden
3. Es geht um den Aufbau eines „*selbsttragenden, starken Pfeilers des Bündnisses*“ innerhalb der NATO
4. Mit Frankreich werden „*vertrauliche Gespräche*“ geführt, deren Inhalt auch und besonders die „*nukleare Abschreckung*“ ist
5. Eine neue transatlantische Partnerschaft, die auf der neuen EU-Stärke beruht, solle gegründet werden
6. Statt Protektionismus und Zollschranken gehe es um die Ausweitung des Freihandels
7. Man wolle die „*übermäßige*“ Abhängigkeit von den USA hinter sich lassen
8. Schließlich soll ein starkes Netz „*globaler Partnerschaften*“ auch ohne Übereinstimmung aller Werte und Interessen mit Kanada, Japan, der Türkei, Indien, Brasilien, Südafrika, den Golfstaaten und Ländern des globalen Südens aufgebaut werden.

Aus integrationspolitischer Sicht kann zum einen der Bedeutungsverlust der supranationalen Ebene der EU und zum anderen das Vorhandensein widerstreitender Interessen in der GASP an folgenden Kriterien festgemacht werden:

Neue, informelle Kooperationen entstehen an Brüssel vorbei, so die Bildung der sog. E3-Gruppe (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) zur Unterstützung der Ukraine. Mit dem gleichen Zweck auch die Gruppe der E5 (E3 plus Polen und Italien). Gegensätze zeigen sich ferner im Umgang mit dem Nahostkonflikt, indem Spanien sich für Sanktionen gegen Israel ausgesprochen und die Nutzung seiner Luftwaffenbasen für den Irankrieg der USA untersagt hat. Demgegenüber steht die deutsche Treue zu Israel und die unverhohlene Sympathie des deutschen

Bundeskanzlers für den US-Angriffskrieg gegen den Iran. Die Rolle Brüssels beschränkt sich bei der Militarisierung auf die Förderung der „Konvergenz der Rüstungsindustrie“ und die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Aufrüstung in den Mitgliedsländern.

Das Beispiel der Übernahme der Werften Blohm & Voss sowie Lürssen durch den deutschen Rheinmetall-Konzern ist dafür ein Beleg. So entschied Anfang 2026 die EU-Kommission, dass Rheinmetall die beiden Unternehmen kaufen darf, weil die Auswirkungen auf die Marktstruktur begrenzt seien und daher keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken bestünden (Kölner Stadt-Anzeiger, 19.02.2026, S. 8). Lürssen ist auf die Konstruktion und Fertigung von Marine- und Behördenschiffen (f.d. Küstenwache, Polizei etc.) sowie Schiffen für die Bundesmarine und weltweite Kunden spezialisiert. Mit dem Geschäft gehen in Deutschland vier Werften in den Besitz von Rheinmetall über, weitere Standorte existieren in Bulgarien, Kroatien, Ägypten und Brunei.

Interessant ist besonders, wie die EU in der Rüstungspolitik vorgeschriebene Verfahren für internationale Übereinkünfte ignoriert. Das im August 2025 mit den USA veröffentlichte Rahmenabkommen enthält z.B. sehr problematische Klauseln über Waffenkäufe in den USA mit dem prioritären Ziel, die transatlantische Kooperation der Verteidigungsindustrie zu vertiefen. Bei der Vorstellung der Übereinkunft erklärte US-Präsident Trump, die EU werde „*militärische Ausrüstung im Wert von Hunderten Milliarden Dollar*“ aus den USA kaufen (zit. nach Thomas Fritz, Analyse des Abkommens, S. 7. Powershift e.V., Berlin). Das Pikante ist allerdings, dass die EU keine Kompetenzen für Waffenkäufe hat, diese liegen an sich bei den Mitgliedstaaten, die EU kann deren Maßnahmen nur ergänzen. Der Deal mit den USA bricht also mit der üblichen Praxis in internationalen Handelsverträgen, die Themen der ‚nationalen Sicherheit‘ mit spezifischen Klauseln vom Regelungsumfang ausnehmen (ebda.).

Die Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Rüstung spiegelt vor allem das Programm „*European Readiness 2030*“ mit einem Volumen von über 800 Mrd. Euro wider. Die Erfolge bei der avisierten europäischen Integration der Rüstungsindustrie halten sich aber in Grenzen:

- Das deutsch-französisch-spanische Projekt für den Bau des Kampfflugzeugs FCAS scheiterte
- Italien kooperiert mit Japan und Großbritannien beim Bau eines Tarnkappenbombers
- Finnland kauft in den USA 64 US-Tarnkappenjets vom Typ F-35A
- Deutschland orderte von Israel das Raketenabwehrsystem „Arrow 3“
- Belgien, Ungarn und Estland bevorzugen die französische ‚Mistral‘

Die meisten EU-Länder kaufen bei den USA Waffen aller Art - Deutschland hat z.B. angekündigt, bei Trump & Co. Mittelstrecken-Marschflugkörper vom Typ Tomahawk zu beschaffen (Anm.: diese können auch mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden). Insgesamt lässt sich also sagen, dass es mit der strategischen Autonomie der EU im Rüstungssektor nicht weit her ist.

Anders verhält es sich dagegen mit den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wo Brüssel eine große Rolle spielt, erkennbar nicht zuletzt an den bisher 20 gegen Russland geschürten Sanktionspaketen. Generell lässt sich absehen, dass die globalen Umbrüche vom Trend gekennzeichnet sind, Wirtschaftsbeziehungen verstärkt als Druckmittel zu nutzen.

Brüssel geht auch bei der psychologischen Kriegführung voran. Mit der Estin Kaja Kallas besetzt eine geradezu fanatische Russlandhasserin den Posten der EU-Außenbeauftragten. Ihr Kollege, Verteidigungs- und Rüstungskommissar Andrius Kubilius, steht ihr in nichts nach. Zur mentalen Kriegführung gehört die Pflege von Feindbildern und das Ausüben von Konformitätsdruck auf zögerliche Politiker*innen - sowie direkte Repression, wie sie mit dem Verbot der Sender Russia Today und Sputnik, flankiert von existenzvernichtenden Sanktionen gegen unliebsame Medienschaffende (z.B. den Berliner Journalisten Hüseyin Dogru), klar erkennbar wird.

Aufgrund der zentralen Handlungs- und Einigungsschwäche der Europäischen Union setzen sich immer mehr die Realist*innen durch und propagieren verstärkt unverbindlichere Modelle der Zusammenarbeit, anstatt auf die Vertiefung der Integration zu setzen:

„Mit einem dritten Weg zwischen immer engerer Union und schleichendem Zerfall hofft man die zentrifugalen Tendenzen auffangen zu können. Im Expertenjargon läuft das unter dem Namen ‚differenzielle Integration variabler Geometrie'. Hinter dem Wortungetüm verbirgt sich der Vorschlag, dass nicht alle Mitglieder immer die gleichen Maßnahmen durchführen müssen. Es kann Untergruppen, (…) Vorreiter geben, während andere sich nicht oder später beteiligen." (Peter Wahl, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 147, 2026, S. 37).

Entsprechend vertritt der frühere EZB-Chef und ehemalige italienische Ministerpräsident, Mario Draghi, die Doktrin des pragmatischen Föderalismus. Damit meint er einen Föderalismus, der themenzentriert, flexibel und außerhalb der langsamsten Entscheidungsprozesse der EU handeln kann. Stichworte in diesem Kontext sind Begriffe wie „*Koalitionen der Willigen*", „*Kerneuropa*" oder „*Europa der zwei Geschwindigkeiten*" (ebda.) Draghi steht mit seiner Position nicht allein da, auch der vormalige Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, die einstige französische Verteidigungsministerin Goulard und prominente Grüne, so der Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung, plädieren für eine Flexibilisierung der Außenpolitik und bei militärischen Entscheidungsprozessen.

Als konkretes Beispiel für den neuen Typus von Flexibilität sei die Kooperation von EU-Staaten mit der Rüstungsindustrie unter dem Begriff PESCO (Permanent Structured Cooperation) angeführt, die Projekte schon ab der Teilnahme von drei EU-Mitgliedern erlaubt. Zwar war schon bisher pragmatischer Föderalismus Bestandteil der EU-Verträge. Jetzt aber, in der angespannten Weltlage mit ihren Vielfachkrise, scheint der Rückgriff auf solche „*Koalitionen der Willigen*" regelrecht System anzunehmen.

4. **Das Programm „*Readiness 2030*" (Anm.: Terminus integriert „*Rearm Europe*")**

In ihm stellen zwei Instrumente das Rückgrat der Militarisierung (Kommissionssprache: „*Verteidigungsfähigkeit*") der EU dar:

1. Das SAFE-Darlehensinstrument zur „Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Europas" (PM der Kommission vom 27. Mai 2025)
2. Die sog. Ausweichklausel im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (PM der Kommission vom 30.April 2025)

Im Plan (Programm) „*Rearm Europe*“/*Bereitschaft 20230* (s.o.) sieht die Kommission vor, bis zu 150 Mrd. EUR auf den Kapitalmärkten aufzubringen, um den EU-Mitgliedstaaten finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, mit denen sie Investitionen in wichtige Verteidigungsbereiche wie Luft- und Raketenabwehr, Drohnen oder strategische Grundvoraussetzungen (sog. Enabler) stemmen können. SAFE soll nicht nur zur Unterstützung der Ukraine dienen, sondern auch die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung stärken, sowie Bereitschaft und Resilienz erzeugen. Vor allem geht es um die Schaffung eines „*echten*“ europäischen Verteidigungsmarkts (PM Kommission v. 27.05.2026). Die Mittel werden auf den Kapitalmärkten aufgenommen und interessierten Mitgliedstaaten auf Anfrage, basierend auf deren Investitionsplänen für die europäische Verteidigungsindustrie, ausgezahlt.

Was die Ausweichklausel i.R. des Stabilitäts- und Wachstumspakts als zweites Standbein betrifft, ist dieser Pakt fester Bestandteil des im März 2025 vorgestellten Plans „*Rearm Europe“ / Bereitschaft 2030*.

Was bedeutet diese Klausel? Zur Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben müssen Mitglieder der EU bei der Kommission schriftlich beantragen, diese Klausel zu aktivieren. Sie verschafft den Antragstellern zusätzlichen haushaltspolitischen Spielraum, um die Rüstungsausgaben bei gleichzeitiger Einhaltung der Haushaltsregeln zu erhöhen, wie es im Weißbuch der Kommission vorgesehen ist. Die aktivierte Klausel ermöglicht den Mitgliedstaaten, von ihrem gebilligten Nettoausgabenpfad oder ihrem Korrekturpfad i.R. des Defizitverfahrens abzuweichen. Eine solche Flexibilität ist vorgesehen, falls außergewöhnliche Umstände eintreten, die sich der Kontrolle des Mitgliedstaats entziehen und erhebliche Auswirkungen auf dessen öffentliche Finanzen haben, „*wie dies derzeit der Fall ist*“ (PM Kommission v. 30.04.2025). Es ist nicht schwer zu erraten, dass der letzte Halbsatz auf den russischen Angriff auf die Ukraine zielt.

Die SAFE-Kredite werden nur vergeben, wenn sich mindestens zwei EU-Staaten zusammentun und die Einkäufe sich mit dem im Weißbuch festgelegten Bereiche (Munitionierung, Raketenbau, Artilleriesysteme, Weltraumtechnik, KI und Cyber-Technologie) decken. Weiterhin müssen mindestens 65 % der Rüstungsbestandteile aus europäischer (EU, EFTA) oder ukrainischer Produktion stammen, wobei der Einfluss von Drittanbietern begrenzt wird. Stand April 2026 sollen laut Kommissionsbericht 18 Länder der EU SAFE-Gelder im Umfang von 130 Mrd. EUR erhalten haben.

Ferner gilt bezgl. der Ausweichregel, dass Militärausgaben in Höhe von 1,5 % des BIP für mindestens vier Folgejahre von den Schuldenregeln des Maastricht-Vertrags ausgenommen werden können. Laut Kommission sollen dadurch die Rüstungsausgaben von zurzeit 2 auf 3,5% des BIP angehoben werden, entsprechend einer Gesamtsumme von 650 Mrd. EUR (Jürgen Wagner in ‚Z‘ Nr. 147. S. 45).

Sogar Mittel aus dem EU-Kohäsionsfonds, die an sich für Umwelt- und Infrastrukturmaßnahmen in den ärmeren EU-Ländern bestimmt sind, dürfen neuerdings für Rüstungszwecke genutzt werden. Fast 12 Mrd. EUR wurden demzufolge aus den restlichen Kohäsionsgeldern bis 2027 bereits umgewidmet. Brisant ist auch, dass die EU-Nachhaltigkeitskriterien der Finanzierung des Verteidigungssektors nicht entgegenstehen (ebda.).

5. Was lässt sich als vorläufiges Fazit ziehen?

Folgt man den bloßen Zahlen, ist die EU tatsächlich eher ein Papiertiger.

Bevölkerungsentwicklung:

Im Jahr 1900 hatte Europa incl. Russland einen Anteil an der Weltbevölkerung von 25%. 2015 waren es nur noch 7%. Und 2050 werden es bei der jetzigen Entwicklung gerade noch 4,5% sein.

Globales BIP laut Draghi-Report (2024):

Der Anteil der EU am BIP betrug vor zwei Jahren 17%. 2050 wird er vermutlich auf 9% zusammengeschmolzen sein. Chinas Anteil beträgt dann wahrscheinlich ca. 18%, derjenige der USA 12%, und der Indiens 7%.

Fakten, die den Niedergang des „demokratischen“ Europas zu untermauern scheinen, sind auch diese:

- Zunehmende interne Zentrifugaltendenzen
- Bruch der einst hochgelobten deutsch-französischen Achse, mindestens aber eine tiefe Beziehungskrise zwischen Berlin und Paris
- Erhebliche Hegemonialstreitigkeiten (Deutschland will laut Koalitionsvertrag 2025 Führungsmacht der EU werden, was großes Misstrauen bei vielen europäischen Nachbarn schürt)
- Aufstieg der Neuen Rechten (bringt weitere politische Instabilität)
- Krise der europäischen Konservativen (Stimmenverluste bei Wahlen)
- Niedergang der Sozialdemokratie (ebenso Stimmenverluste)
- Schwäche der europäischen Linken (insofern fatal, als sie an sich die konsequenteste Verteidigerin der Demokratie und des Widerstands gegen Autoritarismus, Rassismus und Nationalismus ist)
- De facto Unlösbarkeit des Grundproblems, das in der Hybridkonstruktion der EU zu sehen ist - eine Allianz von Nationalstaaten plus supranationalen Elementen, und damit naturgemäß ein relativ instabiles Staatensystem, das mit der Geschwindigkeit, mit der Zentral- , National- und Bundesstaaten politisch wie ökonomisch agieren und reagieren können, nicht mithält
- Überdehnung der EU (überstürzte Ausdehnung nach Osten, Häufung von Assoziierungsabkommen auch mit autoritären Regimen, jahrelange Verhandlungen mit den für die Aufnahme oder Assoziierung kandidierenden Staaten)
- Fehlende gemeinschaftliche Problemlösungsfähigkeit.

All diese Zahlen und Mängel der Europäischen Union schließen dennoch nicht aus, dass der schier unbändige Wille, Großmacht zu werden, eines Tages zur Selbsttäuschung über die reale wirtschaftliche und militärische Stärke führt und Kurzschlusshandlungen in Brüssel, Paris oder Berlin den Kontinent in die Katastrophe stürzen. Vermessenheit war schon früher eine Tugend des deutschen Großbürgertums. Als am Anfang des 20.Jahrhunderts der Rüstungswettlauf mit der Großmacht Nummer eins, England, seinen Zenith erreicht hatte, brach das Deutsche Reich sehenden Auges den Ersten Weltkrieg vom Zaun. Gerade eine niedergehende Macht wie die EU kann wie ein waidwundes Tier reagieren und dementsprechend irrational handeln.

[Dieser Teil konnte bei der Tagung aus Zeitgründen nicht mehr vorgetragen werden. Er enthält außerdem einige Bewertungen der jüngsten Entwicklungen]

Gibt es Hoffnung?

Ja, es gibt sie. Der über ein halbes Jahrtausend von den europäischen Mächten gepeinigte globale Süden nimmt zunehmend an der Gestaltung der Weltpolitik teil, er ist nicht mehr zu ignorieren (BRICS / G-20-Format).

2027 hat der Chef der französischen Partei LFI (La France Insoumise / Das unbeugsame Frankreich), Jean-Luc Mélenchon, immerhin den Hauch einer Chance, neuer Staatspräsident zu werden. Seine Position zur EU ähnelt derjenigen von Attac-Österreich (Ungehorsam Frankreichs gegenüber den neoliberalen und unsozialen Verträgen, Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO, …).

Selbst wenn Mélenchons Kandidatur 2027 scheitern sollte, kann es sein, dass Frankreich nicht zur Ruhe kommt. Ruhe als „erste Bürgerpflicht“ ist für das Kapital und seine Parteien der beste Garant für die Rückkehr zur Tagesordnung, zum sozialen Frieden zwischen ausgebeuteter Lohnarbeit und profitorientiertem Kapital. Massenaktionen wider seine Interessen hasst die französische Bourgeoisie und ihre Galionsfigur im Elysée-Palast wie der Teufel das Weihwasser.

Dass in Europa und andernorts vieles noch möglich ist, was manche Altlinke schon lange als unerfüllbare Utopie abgehakt hatten, zeigen aktuell die massiven Proteste der französischen Schüler*innen, Studierenden und der Intersyndicale (Gewerkschaftsbündnis) im Verbund mit den Gelbwesten. Mutig zeigen sie der brutal agierenden Staatsmacht die Zähne und rücken von ihren Forderungen nach substanziellen Reformen des Bildungswesens, Umverteilung von oben nach unten und einem Leben, das für alle bezahlbar bleibt, nicht ab.

Eine ähnlich erfreuliche Entwicklung können wir in Serbien beobachten, wo das korrupte Regime von Präsident Aleksandar Vucic aufgrund der unnachgiebigen Demo-Strategie der akademischen Jugend soeben abgewählt wurde.

Schließlich dürfen wir uns auch darüber freuen, dass Trumps Wunsch, in Brasilien mit Bolsonaro jr. erneut einen Rechtsextremisten an der Macht zu sehen, nicht aufgegangen ist und Lula ein weiteres Mal an der Spitze des Landes stehen wird.

Emanzipatorische Europapolitik der deutschen Linken sollte die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Kräften in der Wirtschafts-, Klima-, Energie-, Verkehrs- und Sozialpolitik suchen, mit besonderem Augenmerk auf die Organisation des gemeinsamen Kampfes gegen Militarismus und Konfrontationspolitik, Entdemokratisierung und Sozialabbau. Die angelaufene europaweite Kampagne ‚*Stop Rearm Europe*‘ kann hier ein Beispiel sein, dem zu folgen sich lohnt.

Hans-Jürgen Kleine,

25.10.206